Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klotzsche 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die laufende Grundzeile (ungefähr 6 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 2c.), bes. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener **Corsets** aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien. **Heinrich Plaul,** Hoflieferant Wallstr. 25.

Putz- und Modewaarenhaus **C. Heinrich Barthel** **Neueste** Waisenhausstr. 30 **Modelle** Fernspr. 1, 3390. Eigene Strohhutfabrik.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle. **Max: Kunath,** Wallstr. 8.

Sonnenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 159. Spiegel: Reichstagswahl Ruppin-Templin. Hofnachrichten. Gesammtrathssitzung. Ferienkolonien, Gewitter, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Fräulein Doctor, Jules Simon †. Muthmaßliche Witterung: Veränderlich, warm. **Mittwoch, 10. Juni.**

Politisches.

Wie bei der Ruppin-Templiner Reichstags-Stichwahl hat auch im bayerischen Wahlkreise Ansbach-Schwabach der demokratisch-freisinnige Kandidat über den Konservativen den Sieg davongetragen. Der Volksparteiler Dr. Conrad, der bekannte politisch wie litterarisch radikale Münchener Schriftsteller, erhielt über 7700, der Konservative Hufnagel 7100 Stimmen. Wie in dem erwähnten brandenburgischen ist der Ausgang der Wahl im dritten mittelfränkischen Wahlkreise ein unerwarteter. Hier wie dort hofften die Konservativen auf Grund der Ergebnisse des ersten Wahlganges den Sieg zu erringen. Am 28. Mai waren im Kreise Ansbach-Schwabach 5068 Stimmen für den Konservativen Hufnagel, 2964 für Conrad, 1897 für einen Sozialdemokraten und 1584 für einen Nationalliberalen abgegeben worden. Bei dem beträchtlichen Vorsprunge des konservativen Kandidaten wäre dessen Wahl sicher gewesen, wenn die Nationalliberalen in der Stichwahl für ihn eingetreten wären. Thatsächlich hat aber ein großer Theil der Nationalliberalen für den Demokraten gestimmt, während nur etwa ein Drittel ihrer Stimmen dem Konservativen zugefallen sein dürften. Damit hat diese Partei wieder einmal eine Probe ihrer Doppelnatur gegeben. In allen großen Fragen von allgemeinem vaterländischen Interesse ist sich der Nationalliberalismus fast stets der Parole seines Führers v. Bennigsen: „In erster Linie kommt das Vaterland, in zweiter die Partei!" bewußt geblieben und hat dem nationalen Gedanken vor dem liberalen den Vorzug gegeben. Aber in den Tageskämpfen hat leider oft genug der liberale Zug des Herzens nach links hin den Ausschlag gegeben und die nationalen Erwägungen erstickt. Hätte sich die nationalliberale Parteileitung auf ihre nationalen Verpflichtungen besonnen, so hätte sie zu der Stichwahl eine strikte Wahlparole ausgegeben und ihren Parteigenossen das Eintreten für den Konservativen empfehlen müssen; dadurch, daß sie ihren Anhängern vollständige Wahlfreiheit ließ, hat sie den Sieg des Demokraten herbeigeführt. Ihre Haltung war eine zweideutige und verdient den schärfsten Tadel.

In Ruppin-Templin und in Ansbach-Schwabach zeigt sich die gleiche Erscheinung der innigen Verbrüderung des Freisinns und der Umstürzler, der bürgerlichen und der sozialen Demokratie, der sich dort ein reformerisches, hier ein nationalliberales Hilfskorps beigesellt hat. Verwunderlich ist diese freisinnig-sozialdemokratische Waffenbrüderschaft nicht; denn wenn auch Führer wie Eugen Richter das sozialdemokratische Programm in Reden und Broschüren theoretisch bekämpft haben, in der Praxis sind die Freisinnigen und die Umstürzler stets brüderlich Hand in Hand gegangen. In Wirklichkeit hat die freisinnig-demokratische Volkspartei die Sozialdemokratie niemals ernsthaft bekämpft, und der Erfolg der schriftstellerischen Thätigkeit ihres Führers Eugen Richter gegen die Sozialdemokratie reduzirt sich unter diesen Umständen auf die Einnahmen des Buchhändlers. Mehr als einmal sind die Freisinnigen offen und unzweideutig für die Sozialdemokraten eingetreten, und diese haben sich in allen Fällen, wo sie den Ausschlag zwischen einem freisinnig-demokratischen Kandidaten und einem Vertreter der nationalen Parteien gaben, für den Ersteren entschieden. Schreibt doch in Erörterung des freisinnigen Sieges in Ruppin-Templin ein freisinniges Berliner Blatt: „Eins ist nöthig, um der den Bündlern und aller Reaktion feindlichen Volksstimmung zum Siege zu verhelfen: ein Kartell zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten zur gegenseitigen festen, sicheren und unbedingten Unterstützung bei den Reichstagswahlen." Einen ähnlichen Vorschlag hat kürzlich die „Volkszeitung" gemacht, und auch die „Frankfurter Zeitung" steht auf diesem Standpunkte. Ein wesentlicher Unterschied besteht heute zwischen einem Richter'schen Freisinnigen und einem süddeutschen Volksparteiler in keiner Beziehung mehr. Der soeben in Ruppin-Templin gewählte Gotthold Lessing, der Sohn des Besitzers der „Vossischen Zeitung", ist ebenso freisinnig und demokratisch wie der Schriftsteller Dr. Conrad; der einzige Unterschied ist der, daß Conrad in früheren Perioden seiner politischen Entwickelung starke antisemitische Neigungen besessen hat; von Lessing ist etwas Aehnliches nicht bekannt. Die freisinnig-sozialdemokratische Verbrüderung ist weiter in der Thatsache festgelegt, daß beinahe ein Dutzend sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete nur mit Hilfe des Freisinns gewählt worden sind, während andererseits fast die ganze Volkspartei nur auf den Krücken der Umstürzler in den Reichstag gehumpelt ist. Der Freisinn ist von jeher eine Vorfrucht der Sozialdemokratie gewesen; ein großer Theil der Stimmen, welche diese bei den Reichstagswahlen mehr bekommt, ist gewöhnlich, wie das Defizit bei den Freisinnigen gegen früher zeigt, von diesen zu den Sozialdemokraten übergegangen. Lange Zeit waren die Parteigruppen der bürgerlichen Demokratie, was Agitation und Organisation betrifft, das Vorbild für die Sozialdemokratie, und sie haben dieser seit Jahren und mit Erfolg die wichtigsten Schleppdienste geleistet. Gegenwärtig sucht das von der Sozialdemokratie noch mühsam unterhaltene kleine Freisinnshäufchen an der sozialdemokratischen Taktik und an dem sozialdemokratischen Programm sich aufzurichten und diesem einige Zugnummern zu entnehmen, um damit Geschäfte zu machen. Ohne thatkräftige Unterstützung der Sozialdemokratie will das aber nirgends mehr gelingen, und früher oder später wird sich der vollständige Uebergang der freisinnig-demokratischen Fähnlein in das Lager der Umstürzler vollziehen müssen. Das ist auch die Ansicht der Sozialdemokraten, und deren Centralorgan hat nicht Unrecht, wenn es jetzt erklärt: Ansbach und Ruppin sind vor Allem Erfolge unserer Sache. Denn thatsächlich wären in dem brandenburgischen wie in dem bayerischen Wahlkreise in der Stichwahl die Konservativen gewählt worden, wenn nicht die Sozialdemokratie Mann für Mann für ihre freisinnig-demokratischen Vasallen gestimmt hätte.

Der „Vorwärts" weist ferner darauf hin, daß in den genannten beiden Wahlkreisen die volksparteilichen Kandidaten bei der Hauptwahl gegenüber 1893 zunächst einen starken Rückgang um Tausende von Stimmen zu verzeichnen hatten, während in beiden Fällen die Sozialdemokratie zugenommen hat. In beiden Stichwahlen siegte der Volksparteiler mit Unterstützung der Sozialdemokratie. Für den „Vorwärts" ergiebt sich daher aus beiden Wahlergebnissen folgende Lehre: „Die demokratisirten Elemente wenden sich mehr und mehr von den Parteien der bürgerlichen Demokratie ab. Zum Theil verstärken sie direkt die Reihen der Sozialdemokratie, zum Theil halten sie sich zunächst vom Parteileben fern. Werden sie aber vor die Wahl gestellt, ob sie einem freisinnigen Demokraten, oder einem Konservativen agrarischer oder gouvernementaler Färbung in den Reichstag verhelfen sollen, so treibt sie die Erbitterung über die täglich frecher sich geberdende Reaktion an die Wahlurne, um gegen diese Reaktion ihre Stimme in die Waagschale zu werfen." Die weitere Entwickelung in den beiden jetzt noch von der Volkspartei vertretenen Wahlkreisen wird die sein, daß die Zahl der Volksparteiler sich noch mehr verringert, so daß sie schon bei den nächsten Wahlen nicht mehr zur Stichwahl kommen, während sich die Anhängerschaft der Sozialdemokratie in entsprechendem Maße vermehrt. An Stelle der Volksparteiler gelangen dann die Sozialdemokraten in die Stichwahl, und in nicht allzuferner Zeit werden Ruppin-Templin sowohl wie Ansbach-Schwabach sozialdemokratische Vertreter in den Reichstag senden. Die Sozialdemokraten sind überall die glücklichen Erben der bürgerlichen Demokratie, mag diese sich den Namen freisinnige Volkspartei oder deutsch-soziale Reformpartei beilegen. Sie pflücken die Früchte der Agitationen und der Taktik eines Eugen Richter wie eines Oswald Zimmermann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Juni.

* Potsdam. An der heutigen Tafel bei dem Kaiser und der Kaiserin nahmen die Kronprinzen von Italien und Dänemark, sowie der Reichskanzler, der Staatssekretär Frhr. v. Marschall, die Offiziere der russischen Deputation und Andere theil. Der Kaiser brachte einen Trinkspruch auf den Czaren aus und erinnerte daran, daß er vor 25 Jahren in das Petersburger Leibregiment eingetreten sei; er denke mit Stolz und Freude an die damaligen Worte Kaiser Alexander II. zurück. Auch heute sei er mit Dank erfüllt gegen den regierenden Czaren, welcher ihm ein Glückwunschtelegramm gesandt und mitgetheilt habe, daß er den Kronprinzen à la suite des Leibgarderegiments gestellt. Er trinke das Wohl des Kaisers Nikolaus II., den Chef dieses Regiments! Hurrah, hurrah, hurrah!

* Paris. In Erwiederung der Depesche des deutschen Kaisers anläßlich des Todes Jules Simon's telegraphirte der Präsident Faure an den Kaiser: Frankreich wird empfänglich sein für die Gefühle, welche Eure Majestät anläßlich des Todes eines seiner ausgezeichnetsten Söhne an mich gelangen ließen. Ich bitte Eure Majestät, den Ausdruck meines vollsten Dankes entgegenzunehmen. Felix Faure.

* Paris. Die Kammer bewilligte die Kreditforderung für die nationale Bestattung Jules Simon's mit 351 gegen 45 Stimmen. Im Senate hielt Loubet eine Gedächtnißrede für Jules Simon. Der Senat bewilligte den Kredit für die Leichenfeier und hob dann die Sitzung zum Zeichen der Trauer auf.

Berlin. Reichstag. Zu Ehren der heutigen hundertsten Sitzung schmückt ein mächtiger Blumenstrauß den Präsidententisch. Präsident v. Buol: Ich spreche für diese schöne Ueberraschung meinen Dank aus und widme den Blumenstrauß den Herren vom Reichstag und allen Denen vom Bundesrathstisch, die uns in unseren Arbeiten thätig unterstützt haben. (Staatssekretär v. Boetticher, der allein am Bundesrathstisch anwesend ist, macht dem Präsidenten eine feierliche Verbeugung. Heiterkeit.) Das Haus setzt die Generaldebatte der 3. Lesung der Gewerbeordnungsnovelle fort. — Abg. Dr. Pachnicke (freis. Vp.): Das interessanteste Moment der gestrigen Debatte war, daß seitens des Prinzen Hohenlohe, eines Mannes, der doch mit der leitenden Stelle in engster Berührung steht, über die Vorlage in einer Weise der Stab gebrochen wurde, wie sie uns auf der Linken als das ödeste Manchesterthum ausgelegt worden wäre. Die Regierung hat die geistige Urheberschaft des Gesetzentwurfes gestern abgelehnt und hinter den Beschlüssen des Reichstages Deckung gesucht; schade nur, daß sie sonst nicht so konstitutionell ist, z. B. in der Diätenfrage. Die ganze Vorlage verdankt ihre Entstehung den Agrariern vom Ladentisch, den Künstlern des Handelsstandes, welche verlangen, daß der Staat ihre Konkurrenzen einfach todt schlägt. Wir werden an dem Gesetz so viel ändern, als sich ändern läßt, nachher aber dasselbe ablehnen (Beifall links). — Abg. Jacobskötter (kons.): Wir setzen keine maßlosen Hoffnungen auf dieses Gesetz. Sehr überrascht hat mich aber die Rede des Prinzen Hohenlohe, er schien noch immer auf dem Standpunkte zu stehen, daß der Staat nur die Rolle des Nachtwächters zu spielen habe. (Sehr gut! rechts). Wenn er es eine Krankheit der Zeit nannte, daß man die Gewerbefreiheit hier andauernd antastet, so sage ich dagegen: Die Gewerbefreiheit hat sich eben in der Praxis nicht bewährt, darum muß an ihr herumgeackert werden. (Sehr richtig! rechts). Am Unangenehmsten hat es mich aber berührt, daß er jenes von unserem größten Staatsmann in ernster Stunde gesprochene Wort bei dieser Gelegenheit discreditirt hat. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Fischbeck sprach verächtlich von Krämern, er scheint zu glauben, daß der Kaufmann erst beim Fabrikbesitzer oder wenigstens beim Millionär anfängt. Gerade im kleinen Kaufmannsstande liegt die meiste Intelligenz, ihn müssen wir schützen. (Beifall rechts.) Die heutige Freiheit im gewerblichen Leben hat sich größtentheils zur Frechheit ausgebildet und dem wollen wir steuern. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.): Die Mehrheit des Hauses dürfte auch jetzt noch auf dem Standpunkte des Schutzes der Schwächeren gegenüber den Stärkeren stehen. Damit halten wir auch nur die Versprechungen, die wir dem Lande draußen gegeben haben. Die kleineren, hier im Hause „Krämer" genannten Kaufleute haben doch eine große soziale Bedeutung. Gleichwohl sind diese Kreise nicht allein gegen das Detail-Reisen aufgetreten. Ganz ohne mein Zuthun hat meine Handelskammer in Saarbrücken (große Heiterkeit links. Rufe: Meine! meine!), jawohl, meine Handelskammer in Saarbrücken eine Versammlung einberufen, in der man mich zu ersuchen beschloß, hier für das Verbot des Detail-Reisens zu stimmen. Dort, wo das Publikum selbst es wünscht, kann man ja das Detail-Reisen bestehen lassen. — Württembergischer Regierungsdirektor v. Schitter: Es handelt sich hier nicht um ein Verbot des Hausirhandels, vielmehr nur um Aufhebung eines Privilegs, unter welchem jetzt Viele den Hausirhandel thatsächlich ausüben, ohne die für denselben vorgeschriebenen Lasten: Steuern u. s. w., zu tragen. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Daß der Gewerbefleiß und der Erfolg der Gewerbe heute thurmhoch steht über der Zeit der Beschränkung der Gewerbefreiheit, beweist ein Besuch der Berliner Gewerbe-Ausstellung. Dort werden Sie Abbitte thun für alle Ihre Anklagen gegen die Gewerbefreiheit und Kulturentwickelung unserer Zeit (Beifall links). Sie sagen zwar, der Detail-Reisende könne ja nach wie vor sein Geschäft betreiben, aber Sie stellen ihm die schwersten Bedingungen, die das Geschäft unrentabel machen. Das Ideal der Konservativen scheint der türkische Kaufmann zu sein, der mit untergeschlagenen Beinen am Ladentisch seine Pfeife raucht und wartet, bis die Kunden kommen. (Heiterkeit.) Da klang doch die Rede des Abgeordneten Prinzen Hohenlohe erfrischender. Ich gehöre ja nicht zu den näheren Hausfreunden des Reichskanzlers (Heiterkeit), aber ich kann ihm die Freude nachfühlen, die er als Vater über diese Rede seines Sohnes empfunden haben mag. (Große Heiterkeit.) Nachdem der Reichskanzler selbst die gegen den Hausirhandel erstrebten Beschränkungen seiner Zeit als unbegreiflich bezeichnet hat, müßte es jede Autorität der Regierung untergraben, wollte er jetzt einen solchen Gesetzentwurf unterschreiben. (Sehr wahr! links.) Polizeischeinereien und gehässige Denunciationen würden die Folge sein. Unter der Firma der Politik des Mittelstandes machen Sie ein Gesetz, wie es erklärte Feinde des Mittelstandes nicht schlimmer machen können. (Lebhafter Beifall links.) — Abg. Gräfe (Antis.): Der Reichstag kann unmöglich länger der schrankenlosen Ausbeutung der Gewerbefreiheit ruhig zusehen. Gegenüber der höhnischen Rede des Abg. Prinzen Hohenlohe kann sich das deutsche Volk nur gratuliren, daß das Reichskanzleramt nicht erblich ist. Es wurde uns gesagt, aus den Detail-Reisenden rekrutirten sich tüchtige Kaufleute. Nun, das sind solche Kaufleute nicht, das sind solche vom Schlage des Herrn Herzberg aus Anhalt, dem der Kommerzienrathtitel entzogen wurde. — Abg. Dr. Hahn (fraktionslos): Die hohe Blüthe der Industrie ist zum Theil erkauft durch einen Rückgang unseres Handwerkes, durch Schädigung vieler kleiner Existenzen. Die Rede des Prinzen Hohenlohe hat mich nicht mit der Besorgniß erfüllt, als könnte der Reichskanzler derselben Meinung sein. Uebrigens hat sich ja auch der Staatssekretär des Innern in unserem Sinne ausgesprochen. — Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdebatte wird Artikel I debattelos genehmigt. Artikel II handelt von den Schauspielunternehmungen und den Bedingungen der Zulassung derselben. Insbesondere kann die Erlaubniß versagt werden, wenn der Nachsuchende in moralischer oder finanzieller Hinsicht den Behörden nicht die erforderliche Zuversicht einflößt. — Abg. Beckh (freis. Volksp.) wendet sich gegen diese Bestimmungen. Dieselben richteten sich gegen die kleineren Wanderbühnen, obwohl gerade diese sehr moralische, ja zumeist klassische Stücke aufführten. — Abg. Dr. Förster (Antis.) und Geheimer Rath v. Wöttke treten für die Vorlage ein. — Artikel II wird angenommen und darauf die Weiterberathung auf morgen 2 Uhr vertagt.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch lehnte heute den Antrag der Konservativen auf Zulassung der fakultativen Civilehe ab. Dafür stimmten nur die Konservativen und der Antisemit Iskraut, der sofort nach der Abstimmung das Sitzungszimmer verließ. Darauf wurde der gestern erwähnte Antrag des Centrums einstimmig angenommen. — Das Abgeordnetenhaus nahm heute seine Sitzungen wieder auf und berieth über die Besteuerung der Waarenhäuser. Die Kommission beantragte, daß von Waarenhäusern, Bazaren und Versandtgeschäften eine besondere progressive Betriebssteuer, welche den Gemeinden zu überweisen sei, erhoben werde. Die Steuer soll bei einem jährlichen Ertrage von 20 Tausend Mark, bei einem jährlichen Umsatze von 300,000 M. beginnen. Der Antrag wurde nach langer Debatte der Regierung zur Erwägung überwiesen. — Der Verband deutscher Buchdrucker hat eine außerordentliche Generalversammlung zum 7. Juli einberufen, die über Annahme oder Verwerfung des neuen Tarifs entscheiden soll. In hiesigen Buchdruckerkreisen wird angenommen, daß bei der Urabstimmung sich doch eine bedeutende Mehrheit für die Tarifgemeinschaft erklären wird. Morgen tritt hier der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipalverein) zu einer Generalversammlung zwecks Berathung über den neuen Tarif zusammen. Auch in den Kreisen der Prinzipale sind die Ansichten über die Durchführbarkeit der Abmachungen der Tarif-Kommission getheilt. — Die Meldung, daß zur Ermittelung desjenigen Beamten, der den Fall Baßford der Presse übergeben hat, ein Verfahren eingeleitet sei, wird dementirt mit dem Hinzufügen, daß eine Darstellung des wirklichen Sachverhalts demnächst erfolgen werde.

Berlin. Nach amtlichen Berichten aus Peking hat Unteroffizier Krause in Nanking bei einem Angriff, welchen alte Truppen auf neue wegen Benutzung des Exerzierplatzes unternahmen, eine nicht lebensgefährliche Stichwunde erhalten. Im Uebrigen sind nur Chinesen verwundet worden. Trotz Proklamation des Generalgouverneurs und trotz der getroffenen Schutzmaßregeln kam es am 4. d. M. zu einem neuen Zusammenstoß. Der Tschungli Yamen hat dem deutschen Gesandten umgehend strenge Bestrafung der Schuldigen zugesichert. — Der Kommandant Sr. Majestät Schiff „Prinzeß Wilhelm" wird die Schutzmaßregeln des Generalgouvernements wenn nöthig militärisch unterstützen.

Köln. Die diesjährige preußische Bischofskonferenz findet am 18. August in Fulda statt.

Reichenberg i. B. Der neuerdings bei der Firma Neugebauer u. Sohn in Langenbielau ausgebrochene Ausstand nimmt große Dimensionen an. Es feiern über 1000 Weber und Färber.

Pest. Im Budget-Ausschuß der österreichischen Reichsrathsdeputation gab Graf Goluchowsky ein Exposee über die auswärtige Politik. Die Wirren in Macedonien, sowie die Vorkommnisse in Klein-Asien hätten hauptsächlich die europäische Diplomatie beschäftigt. Beide Fragen seien geeignet gewesen, einen Brand zu entfachen. Die erst vereinzelt auftauchenden Wirren in Macedonien hätten sehr bald einen Widerhall in Bulgarien gefunden, wo eine weit verzweigte Organisation den Ausbruch einer auf alle Balkanstaaten sich erstreckenden Bewegung leicht zur Folge haben konnte. Erst auf die Initiative Oesterreich-Ungarns sei eine Kundgebung sämmtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrags erfolgt und habe dem wüsten Treiben ein Ende gemacht. Nicht minder hat sich eine vom Standpunkte des europäischen Friedens angestrebte und zuletzt erzielte Einmüthigkeit der Mächte in der armenischen Frage bewährt. Wir wollten uns ursprünglich an der von England, Frankreich und Rußland inscenirten Aktion trotz der Sympathien für die christliche Bevölkerung in Klein-Asien nicht betheiligen, da wir neben anderen Ursachen von den eingeleiteten diplomatischen Schritten keine ersprießliche Wirkung erhofften, vielmehr für die Armenier Unheil vorahnten. Thatsächlich sind die bewilligten Reformen ein todter Buchstabe und führten andererseits zu den bekannten Greuelthaten. Die besten Absichten des Sultans scheitern an dem unbesiegbaren Widerstand der vielfach korrupten türkischen Verwaltung. Gerade in dem Moment, da die größte Einigkeit unter den drei Aktionsmächten nöthig gewesen wäre, trat eine Spaltung über die Mittel ein, welche angewandt werden sollten, und die Gegensätze hatten sich so weit zugespitzt, daß die Gefahr eines einseitigen Eingreifens und somit das Aufrollen der ganzen orientalischen Frage immer drohender wurde. In der Erkenntniß dieser Gefahr gab das österreichisch-ungarische Kabinet

Friedrich & Glöckner. Neu eröffnet Filiale Dresden-N., Bautznerstr. 27b. Lacke, Firnisse, Oel- und Schmeltz-Farben eigener Fabrik. (Ecke Markgrafenstr.)